

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 8038/39
Telefax: 866848 ppbn d
Telefax: 21 06 84

Inhalt

Traute Müller zur Notwendigkeit eines Kanzlerwechsels im vereinten Deutschland: Zum Neuanfang gehört ein Reformkonzept.

Seite 1

Rezension

Hans-Josef Legrand stellt das Buch "Armut im Wohlstand" vor.

Seite 2

Dokumentation

Michael Müller MdB hat die Erklärung "Ökologische Selbstverpflichtung - Ein Aufruf zum Handeln" initiiert, in der praktische Konsequenzen aus den vorliegenden Erkenntnissen über die fortschreitende Umweltzerstörung verlangt werden.

Wortlaut

Seite 5

45. Jahrgang / 218

14. November 1990

Zum Neuanfang gehört ein Reformkonzept

Zur Notwendigkeit eines Kanzlerwechsels im vereinten Deutschland

Von Traute Müller

Landesvorsitzende der SPD Hamburg

"Ein fast aus dem Anzug platzendes Bündel von Kraft und Energie" - selbst der SPIEGEL kann sich der Faszination von Oskar Lafontaine nicht entziehen. Die Presse hat ihn gerade erst mit Leidenschaft niedergeschrieben und merkt nun: Da steht einer, der kämpfen kann und will. Ganze Rudel von Journalisten reißen sich jetzt um Interviews, weil sie instinktiv spüren: Oskar ist das Siegen gewohnt, gerade dann, wenn es ihm nicht jeder zutraut.

Deswegen ein Wort zu den Wahlprognosen, die uns allmählich nerven müssen. Zuerst: Tatsachen zählen mehr als Vermutungen. Deutschland besteht nicht nur aus Bayern und Sachsen. Der Kohl ist im Süden stark, aber auch die Sozialdemokratie hat ihre Hochburgen und in denen ist am 14. Oktober nicht gewählt worden. Was die SPD im Süden nicht gewinnt, muß sie im Norden wettmachen.

Tagesumfragen sind Momentaufnahmen, die sich rasch ändern können und werden. Oskar Lafontaine bringt Schwung in die Politik. Er ist erprobt, wenn es darum geht, das Ruder herumzuwerfen und die Segel zu setzen. Er ist unser Kanzler für das moderne Deutschland.

Wer ein gutes Gedächtnis hat, wird sich an die "Willy"-Wahl von 1972 erinnern. Damals war Alex Möller gerade zurückgetreten.

Unsere Mehrheit im Bundestag schmolz dahin. Karl Schiller machte plötzlich Wahlkampf für die CDU. Die SPD schien am Ende, die Union hatte in allen Umfragen die absolute Mehrheit. Wenige Wochen später kam alles ganz anders: Die SPD holte mit Willy Brandt das beste Ergebnis, das sie jemals bei einer Bundestagswahl erzielt hat.

Wir treten an mit einem Regierungsprogramm, das in der Kontinuität Willy Brandts steht. Es ist ein neues Programm der inneren Reformen, das auch die Erfahrungen aus der Umwelt-, Frauen- und Friedensbewegung aufnimmt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vereinigter Einsatz
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Es reicht für Kohl nun nicht mehr aus, "Kanzler der Einheit" zu sein. Auf alten Gleisen geht es nicht mehr weiter. Neue Weichenstellungen sind notwendig: Sechzehn Millionen Menschen aus der früheren DDR müssen sozial, kulturell und menschlich integriert werden.

Es geht um den wirtschaftlichen Wiederaufbau Ostdeutschlands. Ohne den Erhalt gewachsener Industriestandorte in Leipzig, Halle, Magdeburg oder Rostock wird Ostdeutschland ein Armenhaus. Die SPD besitzt die notwendigen Erfahrungen, um diese Standorte zu retten und ihnen neue Perspektiven zu geben. Das haben wir in Hamburg, in Bremen, im Ruhrgebiet und im Saarland bewiesen.

Wir wissen: Der Markt allein wird es nicht richten. Deshalb brauchen wir keine ideologisch fixierte Politik à la Kohl und Lambsdorff, sondern eine Politik, die Arbeit organisiert. So wie der Staat sich in der Nachkriegszeit als Unternehmer betätigt hat, um Industriestandorte zu erhalten, muß dies jetzt in den neuen Bundesländern geschehen. Unser Konzept heißt: Erhalt von Arbeitsplätzen, Umstrukturierung, Verbindung von Arbeit und Umweltschutz.

Wir brauchen einen Kanzler, der die Einheit zum Wohle aller gestaltet, der ihre Alltagsprobleme kennt, intelligente und kompetente Lösungen anbieten kann. Die CDU kennt keine Antworten auf die wirklichen Probleme der Menschen. Kohl läßt die Menschen im Stich.

Die staatliche Einheit ist da, jetzt geht es um die soziale Einheit, um die Einheit der Lebensverhältnisse in Ost und West. Die Gestaltung eines modernen Deutschlands erfordert Mut und Durchsetzungskraft.

Oskar ist bereit, unbequeme Dinge auszusprechen. Ich stimme mit ihm nicht immer überein - dennoch finde ich sein Konzept richtig, vor den Wahlen zu sagen, was nachher gemacht wird. Oskar weiß, was die Wähler wirklich denken und wo der Schuh drückt. Er spricht es offen aus, heftig und ohne Manuskript. So soll auch unser Wahlkampf sein: Frech wie Oskar, erfrischend ehrlich und unverblümt.

Klar doch: Zum Neuanfang in Deutschland gehört ein Reformkonzept und ein neuer Kanzler!

(-/14.11.1990/rs/ks)

REZENSION

Armut im Wohlstand

Diether Döring/Walter Hanesch/Ernst-Ulrich Huster (Hrsg.): Armut im Wohlstand, Suhrkamp-Verlag: Frankfurt/Main 1990, 403 Seiten, DM 22,00

"In diesem Land werden Obstbäume, Hühner und Müllmengen gezählt - nur die Armen nicht, weil sie die Erfolgsbilanz trüben. Und die Regierung leugnet hartnäckig, daß es Armut gibt". Mit diesen Worten wies kürzlich der Frankfurter Soziologie-Professor Gerd Iben auf eine Entwicklung hin, die zu einem sozialpolitischen Sprengsatz werden kann. Im Schatten unserer Wohlstands- und Wegwerfgesellschaft haben sich nämlich in den letzten zehn Jahren dramatische Veränderungen vollzogen, vor denen weder die Öffentlichkeit noch die Politik länger die Augen verschließen dürfen. Es geht - fast möchte man es angesichts der Tatsache, daß die Bundesrepublik zu den erfolgreichsten und wohlhabendsten Industriestaaten der Welt gehört, nicht glauben - um die besorgniserregende Zunahme von Armut in Deutschland. Die soeben erschienene Studie "Armut im Wohlstand" hat diese Entwicklung auf der Grundlage einer Vielzahl von Datenquellen untersucht und ein teilweise erschütterndes Dokument sozialpolitischer Problemlagen vorgelegt, das konsequent manche undifferenzierte "Erfolgsbilanz" als blauäugiges Schönreden entlarvt.

Erstellt wurde die Studie von einem Kreis von Autoren, die der "Arbeitsgruppe Armut und Unterversorgung" angehören beziehungsweise mit dieser zusammenarbeiten. Bei der gemeinsamen Pressekonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) mit dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWW) und Mitgliedern der Arbeitsgruppe wies Mitherausgeber

Hanesch darauf hin, daß es sich bei dieser Arbeitsgruppe um einen informellen Zusammenschluß von Armutsforschern handelt, die seit mehreren Jahren regelmäßig mit fachpolitischen Stellungnahmen zum Armutsproblem an die Öffentlichkeit getreten sind. Während in den bisherigen Untersuchungen allein auf Einkommensarmut abgezielt wurde, wird in den Beiträgen dieses Bandes von einem lebenslagenorientierten Armutsbegriff ausgegangen. Die Darstellung von Einkommens- und Vermögensarmut, die auch in diesem Buch als Grundlage von Einschätzungen nicht zu kurz kommt, wird ergänzt durch Untersuchungen von Unterversorgung in zentralen Lebensbereichen wie Arbeit, Bildung, Wohnen und Gesundheit. Ein Abschnitt beschäftigt sich darüber hinaus mit Fragen nach den sozialpolitischen Konsequenzen, die eine Politik zu ziehen hat, die die gespaltene "Zweidrittelgesellschaft" überwinden helfen will.

Aus der Fülle der Materialien, Daten, Fakten und Prognosen, die in den Einzelbeiträgen zusammengestellt, aufgearbeitet und sachlich interpretiert worden sind, kann hier nur ein kleiner Ausschnitt präsentiert werden. Doch auch schon wenige Zahlen, Tendenzen oder Hochrechnungen können eindrucksvoll belegen, daß sich Armut zu dem zentralen sozialpolitischen Problem in unserer Gesellschaft entwickelt hat. Greift man auf das Leistungsniveau der Sozialhilfe als quasi-offizielle Armutsgrenze im Sinne von Einkommensarmut zurück, so ist von fast sechs Millionen armen Menschen auszugehen. Mit 3,4 Millionen Sozialhilfeempfängern 1988 (fast 60 Prozent mehr als 1980) und gleichzeitig 2,5 Millionen Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt (Verdopplung seit 1980) ist der Personenkreis genannt, der in den offiziellen Statistiken geführt wird. Hinzu kommt, daß etwa ein Drittel der Berechtigten ihre Rechtsansprüche nicht wahrnimmt und so in "verdeckter" Armut verbleibt.

Alleinstehende und Alleinerziehende sind nach wie vor hauptsächlich diejenigen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. Überdurchschnittlich gestiegen ist jedoch in den letzten Jahren die Anzahl von Ehepaaren mit Kindern, die Anträge stellen müssen. Dies verweist auf die Hauptsache für Sozialhilfebedürftigkeit: Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit. Im Unterversorgungsbereich Arbeit zeichnet sich eine Tendenz zur Polarisierung der Beschäftigten durch die Ausbreitung von sogenannten prekären Beschäftigungsverhältnissen ab. Fast jeder dritte Erwerbstätige ist inzwischen mit solchen Sonderbeschäftigungsverhältnissen (Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung, befristete Arbeitsverhältnisse, usw.) konfrontiert, die keinen vollen arbeits- und sozialrechtlichen Schutz bieten. Beschämend muß es sein, wenn (in einem anderen Zusammenhang) der Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes Walter Bärsch schätzt, daß in der Bundesrepublik bis zu 400.000 Mädchen und Jungen zwischen 12 und 15 Jahren verbotene Kinderarbeit leisten müssen, um das Einkommen der Familie aufzubessern. Angesichts dieser erschreckenden Zahl vermißt man in der Studie einen Beitrag, der dieses Thema umfassend aufgreift.

Von einer Normalisierung im Ausbildungsbereich kann auch nicht gesprochen werden, solange noch Jahr für Jahr über 300.000 Jugendliche in Sonder- und Notmaßnahmen statt in regulären Ausbildungsverhältnissen untergebracht sind. Die Studie prognostiziert, daß bis zum Jahre 2000 jährlich fast 15 Prozent der Schulabgänger am Arbeitsmarkt unterversorgt bleiben werden. Besonders benachteiligt sind Personen und Haushalte mit geringem Einkommen auf dem Wohnungsmarkt. Verknappung von billigem Wohnraum und steigende Mietbelastungen werden die Situation in den nächsten Jahren noch verschärfen, obwohl schon heute rund 600.000 Personen als obdachlos zu bezeichnen sind. Rechnet man nicht die 700.000 Personen mit ein, die schon heute in Wohnungen hausen, die Mindeststandards bezüglich Größe und Ausstattung nicht genügen, ist davon auszugehen, daß im Jahre 2000 in Deutschland mindestens eine Million Menschen ohne Dach überm Kopf "leben" müssen. Auch im Bereich "Gesundheit" und "Pflege" scheinen sich sozial ungerechte Entwicklungen dramatisch zuzuspitzen.

Intensität und Schwere von Erkrankungen hängen auch ab vom sozialen und ökonomischen Status. Die Studie liefert Zahlen, die die Schlußfolgerung zulassen, daß Angehörige unterer Berufsgruppen aufgrund ungünstiger Arbeitsbedingungen im Vergleich zu anderen Bevölke-

rungezeiten nicht nur gefährlicher und ungesünder leben, sondern auch kürzer. Gesundheitliche Risiken treten oft als Folge von Arbeitslosigkeit auf und chronische Erkrankungen gehen nicht selten einher mit materieller Armut. Pflegebedürftigkeit führt schließlich angesichts des Fehlens entsprechender sozialer Sicherung fast zwangsläufig zur Verarmung. So führte Professor Walter Hanesch bei der Buchpräsentation unter anderem aus, daß von den 1,7 Millionen Pflegebedürftigen, die zu Hause betreut werden, rund 25 Prozent sozialhilfeabhängig sind. Bei den 370.000 Pflegebedürftigen, die in Heimen leben, beträgt der Anteil sogar 70 Prozent. Unmißverständlich zog er die Bilanz, daß im Bereich der Pflegeversicherung die Bundesrepublik die unrühmliche Position eines Schlußlichts im internationalen Vergleich einnimmt. Der Pflege-notstand erhält noch eine weitere Dimension, wenn man die fehlende oder nur mangelhafte soziale Absicherung von pflegenden Familienmitgliedern berücksichtigt. Wer heute ein Familienmitglied zu Hause pflegt und deshalb von Vollzeitarbeit ganz, teilweise oder zeitweilig verzichtet, riskiert seine eigene Unterversorgung im Alter durch geringe Rentenabsicherung.

Neben diesen Beispielen liefern die Beiträge der Studie eine erdrückende Fülle von Belegen und Hinweisen für Unterversorgungslagen einzelner Bevölkerungsgruppen und für Struktur-mängel des heutigen System sozialer Sicherung. Die Befunde sprechen eine deutliche Sprache: 'Insgesamt haben sich im Zeitraum 1978 bis 1988 die sozialen Gegensätze in der Bundesrepublik verschärft, das heißt für die bereits benachteiligten Gruppen hat sich die Situation in zahlreichen Lebensbereichen weiter verschlechtert. Bei diesen Gruppen treten verschiedene Unterversorgungslagen häufig gleichzeitig auf und verstärken sich somit wechselseitig in ihren negativen Folgen für die Betroffenen. (...) Als ein zentrales sozialpolitisches Problem erweist sich die Tatsache, daß die Sozialversicherung als Kern des deutschen Systems sozialer Sicherung bislang das Ziel der Armutsbekämpfung vernachlässigt. Dies kommt vor allem im Fehlen einer wirkungsvollen integrierten sozialen Grundsicherung zum Ausdruck. (...) Die genannten Befunde stehen in krassem Gegensatz zum Postulat der Sozialstaatlichkeit der bundesrepublikanischen Gesellschaft'.

Welche Konsequenzen sind aus diesem vernichtenden Urteil der Experten zu ziehen. Mit dieser Studie, die in Teilen die Ergebnisse des Armutsberichts des deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes vom Winter 1989 fortschreibt und der unter dem Titel '...wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land..' in den Blättern der Wohlfahrtspflege (Heft 11/12, 1989) erschienen ist, liegt der Öffentlichkeit und der Politik nun reichhaltiges Datenmaterial vor, das nicht länger übergangen werden kann. Das Thema Armut darf nicht länger tabuisiert werden. Notwendig ist die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Problemkreis 'Spaltungs- und Ausgrenzungsprozesse', der in den kommenden Jahren durch eine Vielzahl neuer Unterversorgungserscheinungen im Gebiet der ehemaligen DDR in seiner Bedeutung eher noch zunehmen wird. Untersuchungen zu Armut und Unterversorgung dürfen auch nicht ausschließlich Aufgabe einzelner Verbände oder engagierter Forschergruppen sein. Die heutige Sozialberichterstattung ist durch eine institutionalisierte Armutsberichterstattung zu ergänzen. Die Bundesregierung muß der Öffentlichkeit parallel zur Wirtschaftsentwicklung auch über Armut Bericht erstatten (vgl. Antrag der SPD, Deutscher Bundestag, Drucksache 11/7133). Dieser unabhängige nationale Armutsbericht muß zur Grundlage einer offensiven und vorbeugenden Armutspolitik gemacht werden, wie dies unter anderem auch der DGB anlässlich der Vorstellung der Studie durch Ursula Engelen-Kafer forderte. Und schließlich müssen Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und Unterversorgung wie die Einführung einer integrierten bedarfsorientierten Grundsicherung und die Schaffung einer Pflegeversicherung endlich in Angriff genommen werden.

Mit ihren Ergebnissen haben die Wissenschaftler der Politik - so könnte man zusammenfassend urteilen - ein Armutszeugnis ausgestellt. Es liegt jetzt an ihr, die notwendigen Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

Hans-Josef Legrand

(-/14. November 1990/rs/fr)

DOKUMENTATION

Ökologische Selbstverpflichtung - Ein Aufruf zum Handeln (Teil II)

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Müller hat die Erklärung initiiert, in der praktische Konsequenzen aus den vorliegenden Erkenntnissen über die fortschreitende Umweltzerstörung verlangt werden. Die Erklärung wurde unter anderem von namhaften Wissenschaftlern und Politikern unterzeichnet. Wir dokumentieren die Erklärung im Wortlaut:

VII.

Die gesellschaftlichen Theorien und ökonomischen Strategien der industriellen Neuzeit, auch die der sozialen Reformbewegung, haben ihre Rechnung ohne die Natur gemacht. In dieser Hinsicht ist die 'Aufklärung' bislang unvollendet geblieben. Im 17. Jahrhundert formulierten Descartes und Newton die naturgesetzlichen Ideen, von denen wir uns bisher haben leiten lassen. Sie verstanden die Welt als ein sich selbst organisierendes Uhrwerk. Heute wissen wir, daß die Welt kein Automat ist, sondern sich in einem Prozeß evolutionärer Selbstorganisation entwickelt. Diese Erkenntnis verträgt sich nicht mit dem nach wie vor vorherrschenden Paradigma von Wachstum und Beschleunigung.

Im Gefolge eines technisch-ökonomischen Allmachtraums interessiert die Natur nur als Nutzungsfaktor. In der Folge geht der Blick auf den Gesamtprozeß der Zivilisation verloren, die ökologischen Grenzen für unser Handeln werden ausgeblendet. Das in den letzten 100 Jahren durchgesetzte Prinzip der wirtschaftlichen Nützlichkeit hat in die Krise geführt, die nicht 'vom Himmel gefallen' ist, sondern durch die Menschheit selbst verursacht wurde. Sie kann nun mit der ganzen Objektivität eines Naturprozesses in die Katastrophe führen.

VIII.

Auch in der von uns vertretenen politischen Theorie und Praxis wurden lange Zeit die naturzerstörerischen Folgen aus den Wechselbeziehungen zwischen Ökonomie und Ökologie verkannt. Wir bekennen uns zu diesem Fehler. Wir haben uns mitschuldig gemacht, selbst wenn es uns bei der Verfolgung der Wachstumsziele nicht um die Steigerung des wirtschaftlichen Vorteils ging, sondern um die unverändert wichtigen Ziele einer besseren, gerechteren Gesellschaftsordnung. Umso mehr treten wir für eine reformpolitische Neuorientierung ein: Technisch-ökonomischer Fortschritt darf nicht länger das Maß aller Dinge sein. Stattdessen ist eine Politik erforderlich, die Partei für die Umwelt ergreift und dies mit sozialer Gerechtigkeit verbindet; eine Politik, die Solidarität mit den Mitmenschen und mit der Natur durch den reformerischen Umbau der Gesellschaft verwirklicht und zusammenführt.

IX.

Der dauerhafte Fortgang der Zivilisation muß oberstes Ziel für ein neues Denken in Politik und Gesellschaft sein. Damit stehen unsere Art zu leben, die Mechanismen der Wirtschaft, die Verteilung von Reichtum, die Vorstellungen von Freiheit und die soziale und psychische Verfaßtheit der Menschheit zur Debatte. Das Verhältnis zwischen Individuum, Gesellschaft und Natur muß völlig neu geordnet werden. Dies ist eine so große Aufgabe, daß jede Abwendung von ihr zynisch wäre.

Wir sind deshalb nicht bereit, uns an der üblichen Verdrängung der Konsequenzen aus den allgemein bekannten Fakten zu beteiligen oder die angesprochene 'Verdoppelung' der Umwelt-Politik zwischen Anschein einerseits und Realität andererseits länger hinzunehmen.

Natürlich glauben wir nicht, daß alle Probleme nur vom Verhalten des einzelnen her zu lösen sind. Das Primat der Politik ist notwendig, um der Zukunftsverantwortung gerecht zu werden. Solange jedoch die heutige Politik dazu nicht in der Lage ist, nützt dieser Hinweis praktisch nichts. Zwei Drittel des Bruttosozialprodukts gehen durch die Hände der Konsumenten, sind

also im Prinzip von uns allen beeinflussbar. Wir können bei uns selbst, bei unserem Verhalten ansetzen. Dies verstärkt den politischen Willen und erhöht die eigene Glaubwürdigkeit. Es zeugt von Einsicht, daß wir die verantwortliche Generation sind, eine auch zukünftig lebensfähige Welt zu erhalten. Und nicht zuletzt: Wenn den Bürgerinnen und Bürgern aus ökologischen Gründen neues Handeln abgefordert wird, muß mit gutem Beispiel vorangegangen werden.

X.

Um einen ersten Schritt zu tun, verpflichten wir uns zu folgenden fünf Maßnahmen (für deren Kontrolle wir einstehen):

- (1) Wir reduzieren die Benutzung des Autos im nächsten Jahr um mindestens 30 Prozent und halten uns ans Tempolimit.
- (2) Wir wollen in unserem privaten Bereich den Energieumsatz in den nächsten zehn Jahren halbieren und den Wasserverbrauch um mindestens 30 Prozent zu senken.
- (3) Wir verzichten auf jeglichen Gebrauch von FCKW, Halonen und anderen ozonschädigenden Chemikalien sowie weitgehend auf Chemie im Haushalt.
- (4) Wir halbieren unseren Fleischkonsum und bemühen uns um eine weitgehend naturnah belassene Nahrung.
- (5) Wir boykottieren die Nutzung von Tropenholz.

Unterzeichner bisher:

Michael Müller MdB, Sprecher der SPD in der Enquete-Kommission 'Schutz der Erdatmosphäre', **Elisabeth Abendroth**, Frankfurt, **Prof. Dr. Dr. Günter Altner**, Vorstandssprecher des Öko-Instituts, **Prof. Dr. Wälfried Bach**, Klimaforscher, Universität Münster, **Dr. Volker Bahl**, DGB-Landesbezirk Rheinland-Pfalz, **Dr. Tili Bastian**, Ärzte gegen den Atomtod, **Dr. Heinz Bierbau**, IG Metall-Bevollmächtigter in Frankfurt, **Karin Benz-Overhage**, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall, **Dr. Wilhelm von Braunmühl**, Klima- und Energie-Referent beim BUND, **Brigitte Brenneke**, Essen, **Horst Brum**, Gewerkschaftssekretär ÖTV, **Edelgard Bulmahn** MdB, **Dr. Dieter Dehm**, Künstler, **Frelmut Duve** MdB, **Dr. Henning Friege**, wissenschaftlicher Beirat beim Vorstand BUND, **Prof. Monika Ganseforth** MdB, Mitglied der Enquete-Kommission 'Schutz der Erdatmosphäre', **Barbara Gladysch**, Mütter für den Frieden, **Prof. Dr. Ingomar Hauchler** MdB, **Elke Herrmann**, Essen, **Prof. Dr. Hans Immler**, z.Zt. Gastprofessor an der Humboldt-Universität Berlin, **Hans-Werner Krauss**, Betriebsrat Höchst AG, **Jörg Kubbier**, Umweltsenator in Hamburg, **Ralf Ludwig**, Physiker, Aachen, **Dr. Norbert Melsner**, Senator für Finanzen in Berlin, **Prof. Dr. Klaus-Michael Meyer-Abich**, Kulturwissenschaftliches Institut NRW, **Thomas Meyer-Fries**, IMU-Institut München, **Gerd Oelsner**, Referent für Arbeit und Technik, Bonn, **Prof. Dr. Peter von Oertzen**, Mitglied des SPD-Parteivorstandes, **Horst Peter** MdB, **Karin Roth**, Referentin für Umwelt beim Vorstand der IG Metall, **Prof. Dr. Reinhard Sander**, Vizepräsident des Deutschen Naturschutzringes, **Dr. Hans-Joachim Schabedoth**, Hauptvorstand der IG Metall, **Dr. Klaus-Jürgen Scheerer**, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung Berlin, **Beate Seitz-Weinzler**, Diplom-Theologin, **Renate Schmidt** MdB, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, **Dr. Eckart Schneider**, Strahlentherapiezentrum der Justus-Liebig-Universität Gießen, **Prof. Dr. Udo-Ernst Simonis**, Wissenschaftszentrum Berlin, **Ulf Skrike**, Physiker, Hamburg, **Dr. Johann Strasser**, Schriftsteller, **Wolfgang Thierse**, Stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD, **Prof. Dr. Klaus Traube**, Universität Bremen, **Hubert Weinzler**, Bundesvorsitzender des BUND, **Dr. Wolfgang Weinz**, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Umwelttages, **Prof. Ernst-Ulrich von Weizsäcker**, Direktor des Instituts für europäische Umweltpolitik, **Dr. Michael Wübbels**, Gewerkschaftssekretär ÖTV, **Prof. Dr. Jochen Zimmer**, Gesamthochschule Duisburg.

(-14. November 1990/rs/fr)
